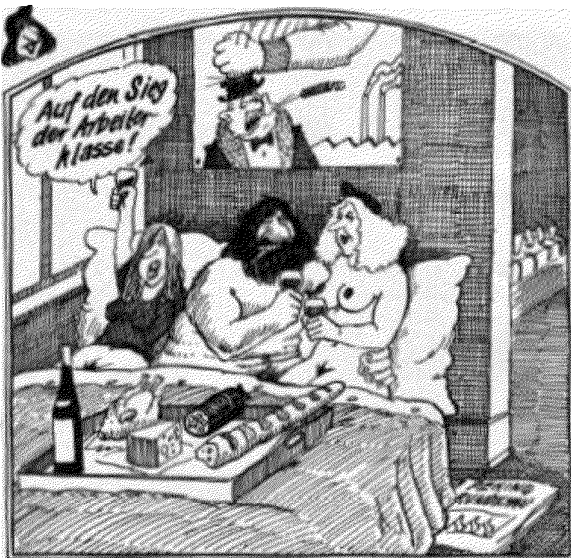


inforz

ZEITUNG DER FACHSCHAFT INFORMATIK

ZU NESSEN - DARMSTADT



Es horcht bis 12 an den Matratzen der Herr Student mit seinen Katzen dann wird gefrühstückt, dann lobt man den Osten auf unsere Kosten ...



Dann steigt eine Demo, sie verlangen mehr Mäuse provozieren die Bürger in ihrem Gehäuse und wieder einmal freut sich der Osten auf unsere Kosten ...

(Demo abwarten, dann geht's auf) der letzten Seite weiter

12 JULI 78

INHALT:

Die kleinen Parlamente oder Die Arbeit an der Studienreform
Ist die Durchfallquote in Informatik B turingberechenbar?

Auswertung des Fragebogens in Informatik IV

Gespräch mit Prof. Jürgensen am 28.6.78

Politisches Mandat

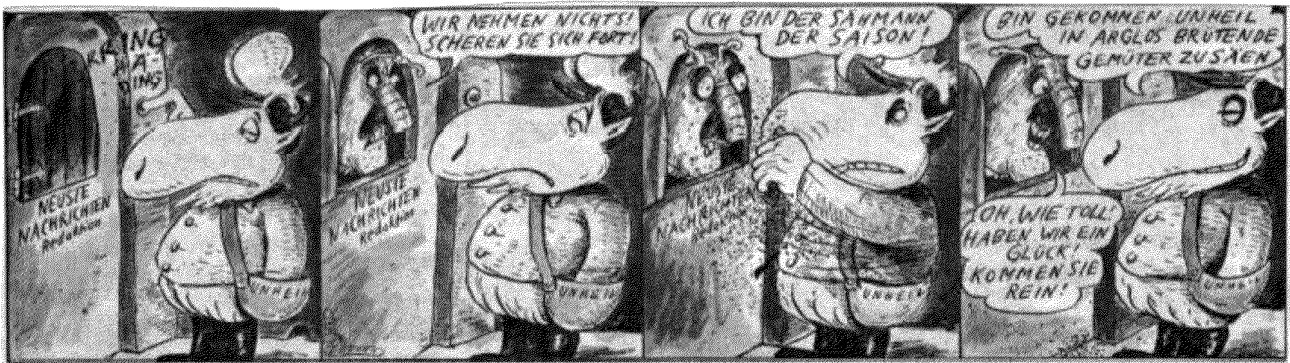
Wahlnachklänge

Datenschutz: Gefahren gebannt oder 1984 schon erreicht?

Absurd aber wahr (Notengebung im Proseminar)

Orientierungswoche

Fußball



WAHLERGEBNISSE

Bei der Fachschaftsvertreterwahl haben 143 Informatiker ihre 'Stimme' abgegeben. 93 stimmten für die Liste Basisgruppen, 50 Studenten waren für die SHB-Liste.

Somit heißen die neuen Fachschaftsvertreter :

Jutta Reuter (BG) 4. Semester

Barbara Vollmer (SHB) 8. Semester

Lothar Bräutigam (BG) 4. Semester

Bei der Stupa-Wahl sind zwei Informatiker ins Stupa gewählt worden :

Manfred Daniel (SHB) 10. Semester

Peter Melbaum (BG) 4. Semester

Aber trotzdem : Außer Späßen nichts gewesen (die redaktion).

DIE KLEINEN PARLAMENTE

oder

DIE ARBEIT AN DER STUDIENREFORM

"Zur Geschäftsordnung!"

Zwanzig intelligente Deutsche: das kann, wenn man sie einzeln vor sich hat, eine herrliche Sache sein. Sie sind nicht so sprunghaft gescheit, wie es wohl viele andere Rassen sind, in ihren Köpfen herrscht Ordnung, die Schubfächer sind aufgeräumt, und es ist eine helle Freude, sich mit ihnen zu unterhalten. Wenn aber dieselben intelligenten zwanzig Leute zu einer Sitzung zusammenkommen, dann geschieht etwas ganz Furchtbares.

Dann kann man beobachten, daß zwanzig Leute, wenn sie vom Teufel der Kollektivität besessen sind, nicht mehr zwanzig Leute sind. Daß sie zu einem neuen, unfafbar schrecklichen Ding werden, das viele Köpfe, aber kein Gehirn hat, das ungestalt, schwerfällig, träge, sich und den andern das Leben schwermacht. Da muß man hineingetreten sein, das muß man gesehen haben.

Die zwanzig Mann setzen sich also in einem mittelgroßen Raum zusammen und werden nun, denkt der Unbefangene, ihre Sache durch gemeinschaftliche Aussprache fördern und weitertreiben. Wie? Aber ganz im Gegenteil. Diese zwanzig Leute bilden ein kleines Parlament, und das ist der Anfang vom Ende.

Sie sind behext. Sie sind gar nicht mehr sie selbst. Sie sind verwandelt. Was vorher, noch eben, in einer kleinen klugen Privatunterhaltung, klar und faßlich erschien, das wird nun auf unerklärliche Weise verwirrt, wolkig, kompliziert und von einer unauf lösslichen Verkettung. Hier ist ein Wunder, glaubet nur!

Der Vorsitzende erhebt sich, ein braver und guter Mann; aber kaum hat er drei Sätze gesprochen, so erhebt sich eine dünne Fistel:

"Zur Geschäftsordnung, zur Geschäftsordnung." - Nein, die Fistel bekommt jetzt das Wort nicht. Aber dann wird sie eine Abstimmung darüber herbeiführen, ob nach Paragraph 17 Absatz 5 der Satzungen der Vorsitzende in der Lage sein dürfte - he? Über diese zu veranständigende Abstimmung erhebt sich eine Debatte. Schlußantrag zur Debatte. Dringlichkeitsantrag vor dem Schlußantrag. Gegenantrag.

Und wenn sie nicht gestorben sind, dann debattieren sie heute noch.

Und die Sache? Und die Sache, um derentwillen man doch immerhin, entschuldigen Sie, zusammengekommen ist? Aber pfeif doch auf die Sache! Aber wer denkt denn jetzt hier an die Sache! Hier gehts um wichtigere Dinge. Hier geht es darum, ob die Vorkommission, die damals von den Vertretern der Ausschußkommission gewählt worden war, auch wirklich legitimiert ist, der Vollversammlung diejenigen Vorschläge zu machen, die ... Der Herr Vorredner ...

Meine Lieben, ihr lacht. Lacht nicht. Man muß das gesehen haben, wie alle hierzulande in einen eigentümlichen, fast psychopathischen Zustand verfallen, wenn sie vom Parlamentsteufel besessen sind.

Was ist es nur, was so viel positive Arbeit in einem Wust von Kleinkram untergehen läßt?

Nun hat die Sache neben der komischen Seite eine verdammt ernste.

Der gesamte Betrieb ist tief unehrlich und verlogen. Man sagt:

"Zur Geschäftsordnung!" und meint: "Herr Pannemann ist ein Schweinehund!" Man sagt: "Der letzte Satz der Resolution enthält unseres Erachtens einen schweren Fehler" und meint: "Dem wollen wir mal eins auswaschen!" Nirgends wird soviel persönliche Feindschaft unter so viel scheinbar sachlichen Argumenten versteckt, wie in den kleinen Parlamenten.

Diese scheinbar unbeirrbar Sachlichkeit, dieses ganze Drum und Dran, dieser eherne Apparat von Formeln und Formalitäten ist unwahr. Aber das sind nicht nur die Fälle offener und versteckter

Obstruktion oder persönlicher Interessenvertretung. Wie umständlich ist das alles! Wie humpelt so eine Verhandlung dahin! Wie zuckt jeder, der ein bißchen Blut in den Adern hat, auf seinem Stuhl, wenn er sieht, wie ernsthafte, ältere, mit Kindern gesegnete Familienväter und nicht minder die Junggesellen in Stunden um einen riesigen Tisch herum nichts als leeres Stroh dreschen! Muß das sein?

Aber sie eilen mit sorgenschweren Mienen in die Versammlungen und bauen ihren Kohl. Es wird geredet und debattiert - auch wenn sie genau fühlen, daß es die Sache um keinen Zoll weiterbringt. Oder fühlen sie es nicht? Mit welchen Nichtigkeiten und Kleinigkeiten da die Zeit vertrödelt wird.

Vollversammlung, Abstimmung, Varrödner, Diskussion, Schluß der Debatte, namentliche Abstimmung, zur Geschäftsordnung, zur Geschäftsordnung! geheime

Ist das Parlamentarismus? Oder seine Karikatur?

Ach, es sind nicht nur die kleinen Parlamente.

Auch in den großen ... Aber das ist ein weites Feld.

in leicht geänderter Fassung **nach**
Kurt Tucholsky

Man könnte fast glauben, daß Tucholsky über die Zeit hinweg am Senatssaal unseren Fachbereichssitzungen gelauscht hat. Das ganze hat aber nun wirklich noch eine ernste Seite, und zwar die Wichtigkeit, die Bedeutung der 'Sache, um derer willen man doch immerhin zusammengekommen ist'!

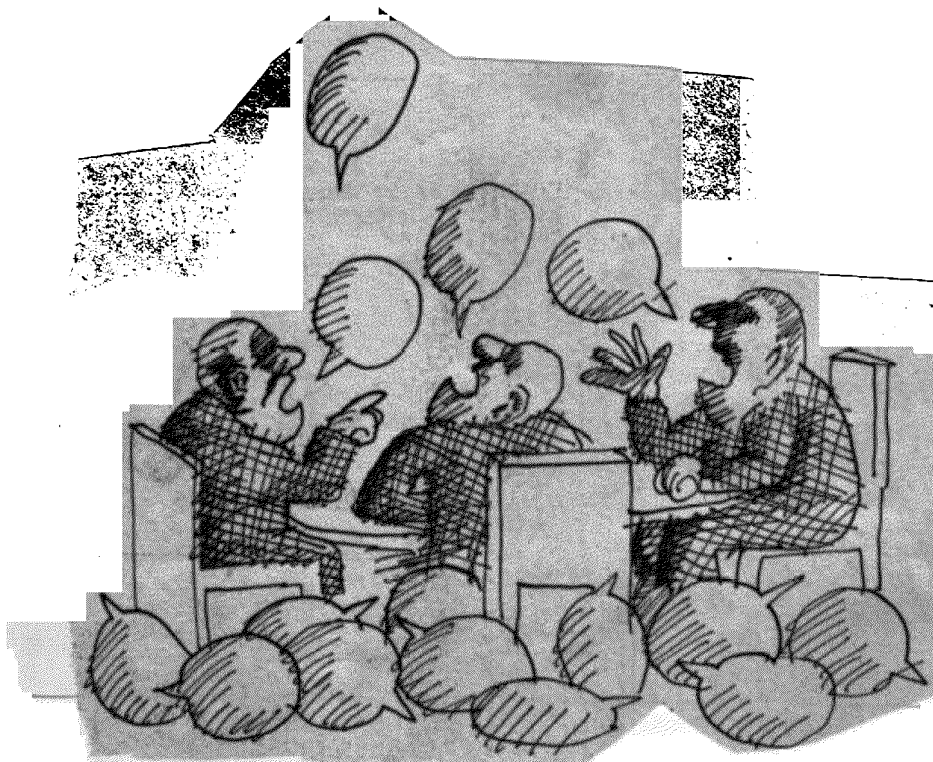
Die Sache: Ein neuer Studienplan.

Vor allem mit den letzten Debatten um den Studienplan offenbart der Fachbereichsrat der Informatik seine Unfähigkeit, der Verantwortung bei dieser Aufgabe gerecht zu werden. Es drängt sich die Frage auf, ob die beteiligten Personen auf Grund ihrer Ausbildung und Einstellung in der Lage sind, einen Studienplan zu erarbeiten, wobei ein wohlverstandenes gesellschaftliches Interesse, die Interessen und Bedürfnisse der Lernenden und fachbereichsübergreifende Gesichtspunkte in Einklang gebracht werden; nicht immer nur Sachzwänge (gesetzlicher Rahmen und Ressourcen) und fachegoistische Gesichtspunkte. Die Arbeit an dieser Sache erfordert offensichtlich Qualifikationen, die über die der Mitglieder hinausgehen. Können oder wollen sie diese nicht erwerben? Wir meinen, viele entbinden sich einfach ihrer didaktischen Aufgabe, beschränken sich auf die Rolle des Erfüllungsgehilfen von zentralen Instanzen, erschöpfen sich hauptsächlich in Anpassung nach oben und in rigoroser Ablehnung nach unten. Aber es fehlen eben nicht nur Qualifikationen, es fängt schon bei der Einstellung an: ~~XXXXXXXXXXXX~~ Einen neuen Studienplan macht man, weil es sein muß, aber die meisten sind bestrebt, möglichst wenig Arbeit hineinzustecken. Gedenken wir des Zustandekommens, der Arbeit und des Absterbens des LUST (Lehr- und Studienausschuß). Diejenigen, die nicht drin waren, freuten sich, dem entgangen zu sein. Die Mitglieder des LUST betrachteten den einberufenen Ausschuß offensichtlich als unverbindliches Plauderstündchen, wo man, wenn man keine Lust mehr hat, einfach nicht mehr hinget.

Daß die Sache nicht läuft, ist mehr als offensichtlich. WARUM läuft sie nicht ?? Das Schlimme ist, diese Frage wird nicht untersucht, sondern liegengelassen. Wir meinen, es

werden wichtige Sachen versäumt: Zu Anfang eines Studienplanentwurfs muß eine Phase liegen, in der man sich nötige Informationen und Qualifikationen erarbeitet. Wir haben schon zu Beginn der Studienplandiskussion dazu aufgefordert, zunächst die Grundlage zu schaffen, indem man Lern- und Handlungsziele umreißt und beschreibt. Dabei sollten nicht nur Kenntnisse und Fähigkeiten berücksichtigt werden, sondern auch Arbeitstechniken, Kommunikations- und Kooperationsstile, die Einstellung zum Lerngegenstand und eine Überprüfung der Beurteilungs- und Bewertungsverfahren. Von derart grundsätzlichen Diskussionen könnte man sich übergeordnete Zielsetzungen und durchgängige didaktische Prinzipien erhoffen, die zu berücksichtigen alle Lehrpersonen gehalten wären. Aber das einzige bekannte Prinzip scheint das der Freiheit von Forschung und Lehre zu sein, was wohl weiterhin bedeutet, das die Ausgestaltung der Lehrveranstaltungen ausschließlich der Inkompetenz der einzelnen Lehrpersonen überlassen bleibt. zu vertuschen

Um die Handlungsunfähigkeit ~~v~~sollen ab sofort Diskussionen vermieden werden und nur noch schnell abgestimmt werden, um bald wieder in Selbstzufriedenheit und Lethargie verfallen zu können. Diese naive Behandlung der Probleme und diese chaotische Entwicklung eines Studienplanes nenne ich gefährlich!



Eine gefährliche Vorgehensweise, wenn man glaubt, von historischen, politischen, psychologischen und didaktischen Gesichtspunkten absehen zu dürfen. Dadurch werden Fehlentwicklungen bedenkenlos weitergeführt. Als Fehlentwicklungen bezeichne ich einmal die Dressur auf fremdmotivierte Leistungsbereitschaft (Lernen für Prüfungen und Klausuren, ohne zu wissen, wofür man das Zeug braucht, um es auch bald wieder zu vergessen) und die insgesamt erzeugte politische Apathie!

Aber, was genauso schlimm ist: Was setzen wir dem Unvermögen der

Profs entgegen? Ziemlich wenig, dafür genausoviel Unvermögen! Sozusagen die Arbeit eines studentischen 'kleinen Parlaments'. Es liegt genausoviel an uns, daß viel Tara um die Sache gemacht wird, sich aber doch nicht viel ändert. ES NÜTZT NICHTS? WENN WENIGE EINSEHEN, DAB DER STUDIENPLAN EIN ANDERER SEIN MÜßTE! Alle müssen sehen, daß die wichtigtuertischen Sitzungen offiziös beauftragter Fachbereichsratsmitglieder eitel Zeit- und Geldverschwendung und zu nicht viel gut sind. Ein besserer Studienplan kann nicht mit taktischen Strategien, gewichtigen Bedenken und linken Resolutionen erstritten werden, sondern nur mit schärfstem aktiven Engagement. Ich werde das Gefühl nicht los, daß unser bißchen Energie in dummschlaun Kommissionen mit strategischen Winkelzügen abgefangen und verpulvert wird. Es sollten mehr werden, die die Wahrheit so laut wie möglich zusammen hinaus-schreien.

Die herrschende Klasse praktiziert die Ausbeutung - alle dulden es schweigend. (So wie ihr den neuen Studienplan hinnehmen werdet, wenn er euch vorgesetzt wird.) Man bewilligt den ungeheuerlichen Aufrüstungsetat, man zerstört unsere Umwelt, man diffamiert die Kündler der Wahrheit und läßt sie verhaften. Das muß man erkennen, es in voller Schwärze sehen, es aussprechen.

Und dann muß man nicht gutgläubig sanft schlummern und ehrgeizig primadonnenhaft einem Beruf zustreben. Da muß man nicht nur zu-sehen, wie der kleinbürgerliche Haufen der Sozialdemokratie die Wahrheit auf morgen verschiebt. Wir sind doch nicht dümmer als die, die uns zu betrügen versuchen, die uns die Wahrheit verheimlichen.

Ich sehe Profs, die sich eine Rolle anschwindeln, die mit ihrer 'Wissenschaft' protzen und im gegebenen Augenblick das Maul halten, alle Mann hoch. Aber viel Stolz ist in ihnen und edle Gesinnung, sie tun unentwegt edel und schweben hörbar eine Handbreit über dem Erdboden. Etwa so: Nur ich bin ein Hohepriester der Wissenschaft, und das will ich mir auch ausgebeten haben. Und so zanken sie sich, schnattern sie und wirtschaften im Garten ihrer Informatik. Und so blüht die Informatik -

WARTEN WIR DIE FRÜCHTE AB

Angesichts der gehäuften Schwierigkeiten bleibt nur die Hoffnung, daß sich verantwortliche Leute finden, die langfristig versuchen, am Fachbereich eine Studienreform zu entwickeln und zu betreiben. Ich sehe es als permanente Aufgabe der Lehrpersonen und der Betroffenen, für eine ständige Weiterentwicklung zu sorgen. Unter Autonomie der Hochschule verstehe ich, daß den Maßnahmen der Koalition von Staatsbürokratie und Großindustrie eine vernünftige Studienreform entgegengesetzt werden kann.

Wer möchte, daß sich etwas verändert, kann nicht erwarten, daß es von alleine passiert, oder daß andere ihm diese Ausgabe abnehmen. An wem liegt es also, wenn alles so bleibt oder noch schlimmer wird? An jedem von uns!



Ist die Durchfallquote in Informatik B Turingberechenbar?

Sei Informatik 4 eine akzeptable Vorlesung. Dann folgt nach dem Satz von Rice: der Grund für die Unzufriedenheit der Hörer ist unentscheidbar.

Mit dem Aufwand $O(\text{Fragebogen})$ (siehe Anhang A) läßt sich nun aber feststellen: es existiert effektiv bestimmbare Kritik der Hörer und zwar im Ausmaß $\gg O(\text{verherend}^n)$ mit $n = \text{Anzahl der Hörer}$. Auf Grund dieses Widerspruchs folgt also: Inf. 4 ist nicht akzeptabel.

Da selbst die Chursche These hier nicht mehr weiter hilft, (weder der Satz über das Kompliziertheitsmaß - Jede Vorlesung kann beliebig unverständlich gehalten werden - noch das Rekursionstheorem - Jeder Student ist μ d und primitiv- lassen eine sinnvolle konfigurierte Notation zu) ist man gezwungen, eine richtig abartige Maschine (RAM) zu konstruieren.

Hierzu benutzt man als Startverblödelisierung die 60 Stunden Woche für Studenten (im ersten Krollmannschen Regelstudienzeitaxiom eingeführt). Dies ergibt einen Aufwand $O(\text{Kotz})$. Es bleibt nun zu zeigen, daß mit dieser Maschine die Anforderungen in Inf. 4 zumindest partiell erfüllbar sind.

Nach dem Satz von Schnorr gilt nun: Genügend große Stofffülle mit überzogener Geschwindigkeit und unverständlich vorgetragen, bringt viele Studenten um ihren Schein. Somit sind wir nun in der Lage, die

Durchfallquote $Dq.$ abzuschätzen mit: $Dq. \leq 100\%$.

Zum Abschluß läßt sich noch folgendes Korollar (be)lemma(rt) aufstellen.

Auf Grund der polynominal (=völlig) beschränkten Vorlesung sind auch die Übungen praktisch nicht behandelbar. (Def. von praktisch behandelbar). Mit anderen Worten: Wir geraten in einen unendlichen Frust (Hier spielt das Halteproblem irgendeine Rolle), womit der Aufwand zum Bestehen von Inf. B exponential $\gg O(\text{zumutbar})$ wird und es kann weder von einer konjunktiven noch sonstigen Normalform gesprochen werden.

(Falls einige Spezialausdrücke nicht ganz richtig verwendet wurden, bitte ich um Verständnis. Ich bin Hörer von Inf. 4 und somit leider gezwungen (mangels Durchblick) alles Fachspezifische mittels Zufalls-generator in den Text zu streuen.)

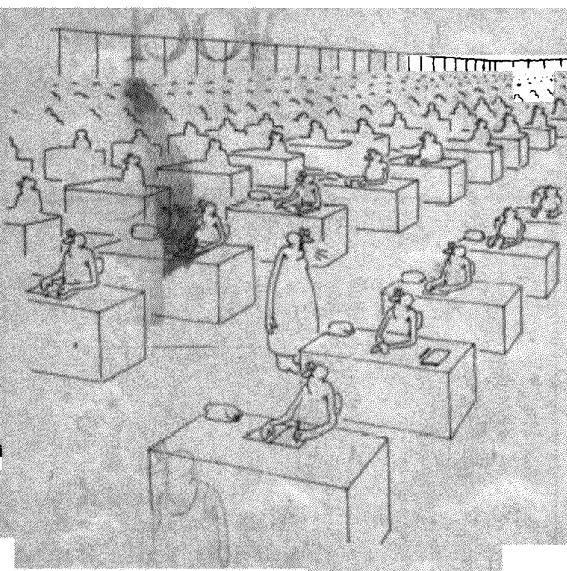
Gespräch mit Prof. Jürgensen

Anhang B

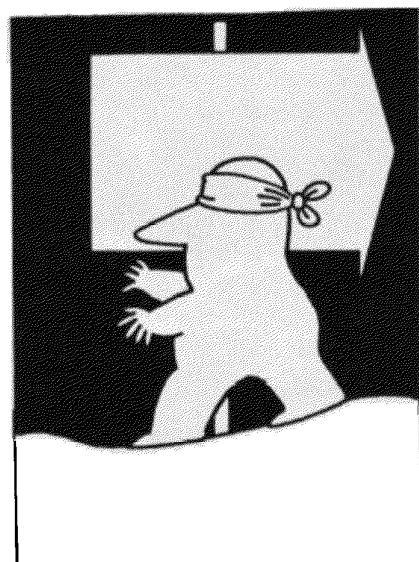
Wie aus ungewöhnlich schlecht informierten Kreisen zu erfahren war, fand am Mittwoch den 28.6. ein knapp zweistündiges Gespräch zwischen einer fünfköpfigen Studenten-"Delegation" und dem für die Inf.4 Vorlesung verantwortlichen Prof. Jürgensen statt. Das Gespräch verlief in einer freundlichen und sachlichen Atmosphäre, gegensätzliche Grundpositionen ließen sich jedoch nicht ausräumen.

Nachfolgend eine kurze Zusammenfassung des Gesprächsverlaufs. Sämtliche Zitate sind sinngemäß aus dem Gedächtnis, müssen daher nicht unbedingt wörtlich korrekt sein.

Das Gespräch läßt sich in drei Phasen gliedern. Als erstes ging es um den absoluten Wissenschaftsanspruch des Herrn Jürgensen. Für ihn erfordert jede Vorlesungs- und Übungsstunde eine Nach bzw. Vorbereitungszeit von 3 Stunden. Das erfordert eine insgesamte Arbeitsbelastung von 60 Stunden pro Woche. Weder die von den Studenten eingebrachten Argumente, daß viele Studenten aus finanziellen Gründen gezwungen sind, zusätzlich zum Studium zu arbeiten; "Das Studium ist Ihr Hauptberuf, was darüber hinaus geht ist nicht mehr unsere Angelegenheit."



"Ich verbiete Ihnen hiermit, über Ihre Situation nachzudenken!"



noch das katastrophale Fragebogenergebnis (Anhang A), konnten diesen Standpunkt verändern. Prof. Jürgensen versteht seinen übertriebenen Leistungsanspruch überdies sogar als Hilfe für die Studenten, da "viele Studenten ihre Fähigkeiten das Informatikstudium zu überstehen überschätzen" insofern "wäre eine Durchfallquote von 30% nicht überraschend. Sie ist zwar nicht schön, darf aber nicht erschüttern. Man muß den Tatsachen eben ins Auge sehn." Auch der Einwurf, daß es sich bei Inf. 4 um einen Teil des Grundstudiums handelt und deshalb nur Grundlagen, keine tieferen Analysen, wie es in dieser Vorlesung geschieht, gebracht werden sollen, beeindruckte Herrn Jürgensen nicht.

Damit begann der zweite Teil des Gesprächs, in dem über konkrete Mängel der Inf. 4 Vorlesung diskutiert wurde. Herr Jürgensen gab einige Fehler in der Vorlesung zu (Beispiele fehlen, Übungsaufgaben werden in den Übungsstunden nicht vorbereitet), stritt aber überzogene Stofffülle ab. Obwohl (abgesprochen mit Kollegen) Teile der Vorlesungen Formale Sprachen und Automatentheorie in Inf. 4 bereits vorweggenommen werden, "obwohl ihm" eine Vorlesung 4+2 statt bisher 3+2, ohne Erweiterung des Stoffs lieber wäre" hält Herr Jürgensen die Stofffülle für angemessen. "Was wir in Inf. 4 bisher gemacht haben, ist ein halbes Semester Logik 2 in Kiel".

Zum Thema Script hat Herr Jürgensen weiterhin seine eigene Meinung. "Es ist pädagogisch schädlich. Die Nachbereitung besteht darin, daß der Student den Text der Vorlesung selber formuliert, d.h. sein Script selber schreibt."

Trotz der bisher negativen Kritik des Gesprächs, lassen sich im dritten Teil konstruktive Ansätze erkennen. Da Herr Jürgensen an den Ergebnissen des Fragebogens nicht vorbeikam, trotzdem ihn die 75% der Hörer, die weniger als 15% der Übungsaufgaben selber lösen konnten nicht stören "Das ist im allgemeinen Übungsbetrieb normal", gab er zu "Beim nächsten Mal könne man einiges umstellen. Leider schüttet man manchmal das Kind mit dem Bade aus, bevor man Fehler erkennt."

Zum Glück sah Herr Jürgensen aber ein, das wir nicht gern das ausgeschüttete Kind sein wollten. Somit war der Ansatz gegeben praktische Lösungsmöglichkeiten der momentanen Misere zu suchen.

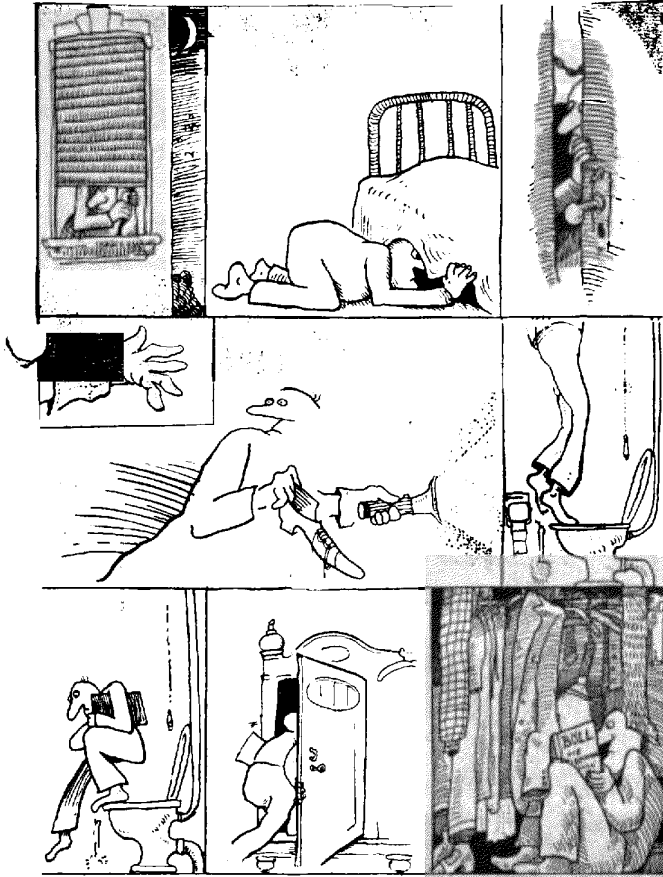
Es wurde vereinbart, daß zu den Übungen von Inf. 3 (ebenfalls von Herrn Jürgensen gehalten und Bestandteil vom Informatik B) Musterlösungen erstellt werden. Weiterhin will Herr Jürgensen, um die Unsicherheit der Studenten zu beheben, nähere Erläuterungen zu seinen Vorstellungen der Inf. B Klausur geben. Der von den Studenten geforderten Kurzwiederholung des bisherigen Stoffs, sowie der Möglichkeit Teile seines Manuskripts (Sätze, Definitionen, kurze Erläuterungen, Beispiele) bis Ende des Semes-

ters zu verteilen, stand er positiv gegenüber. Er wollte "jedoch noch keine Zustimmung geben, da erst einmal die technischen Voraussetzungen abgeklärt werden müssen". Bis Montag den 3.7. will Herr Jürgensen hier klare Aussagen treffen.

Trotz des frustrierenden Gesprächsbeginns,

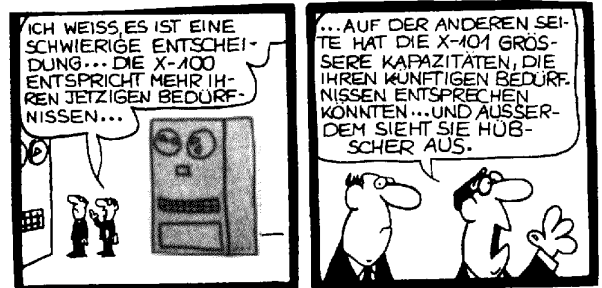
Abschließend läßt sich also das Fazit ziehen:

Trotz des frustrierenden Gesprächsbeginn hat sich ein Hoffnungs-schimmer gezeigt.



DIE BESCHÄFTIGUNG MIT ENGAGIERTER LITERATUR WIRD WIEDER SPANNEND UND ABENTEUERLICH.

Intelligenz
is des
Wos wann mers
het hot
aan nach
het steert.



Politisches Mandat

Die Problematik der Politischen Stellung der Hochschule und die Freiheit allgemeinpolitischer Betätigung von Studentenschaft, Hochschulleitung etc. tritt erst Anfang der 60-ger Jahre in die öffentliche Diskussion.

Bis dahin war die Wahrnehmung des politischen Mandats durch Hochschulgremien kein Grund zur Besorgnis.

Wenn z.B. Prof. Hahn 1959 zum 17. Juni in seiner Funktion als Rektor der Uni Heidelberg in der Festrede verkündete:

"... erheben wir die Stimme vor aller Welt, daß wir Freiheit für die ostdeutschen Landsleute fordern...", würde dies nicht nur vom Staat gebilligt, trotz Wahrnehmung des politischen Mandats, sondern, genauso wie die jährlich von fast allen deutschen Asten organisierten

Fackelzüge zur Beschwörung "Deutscher Einheit", gefördert.

Anders aber war es beispielsweise 1970, als der Rektor und die beiden Prorektoren in Heidelberg eine Einladung des US Befehlshaber der Nato Heeresgruppe Mitte zu einem Sommerball, mit der Begründung ablehnten, sie könnten nicht: "...dieser Einladung der US Armee folgen, in einer Zeit, in der der gegen den Willen der Mehrheit des vietnamesischen Volkes geführte Krieg zu einem **J** hina Krieg erweitert wird, und während der in der USA Studenten erschossen werden, die gegen den Krieg opponieren...".

Diesem offenen Brief der Hochschulleitung folgte eine Dienstaufsichtsbeschwerde, und der Baden-Württembergische "Landesvater" Filzinger, sowie oben erwähnter Prof. Hahn, mittlerweile Kumi. geworden, entschuldigen sich bei der US Armee, distanzieren sich und mißbilligen auf Schärfste. Selbstverständlich untersagen sie der Hochschulleitung das Recht auf ein politisches Mandat.

Die selbe ungleiche Auslegung des P.M. läßt sich an vielen weiteren Beispielen aufzeigen.

Erlaubt wurde den Studenten der TU Berlin 1962 Sammlungen für DDR-Studenten, verboten dagegen solche für die algerischen Studenten.

Erlaubt wurden Demos und Kundgebungen gegen den Einmarsch der UdSSR nach Ungarn, verboten Veranstaltungen gegen den Einmarsch von England, Frankreich und Israel nach Ägypten. Erlaubt 1952 eine Resolution des Frankfurter Stupas zur "Haltung gegenüber den Juden" (im Rahmen der "Wiedergutmachung" damals noch opportun), verboten dagegen 1960 eine Resolution des Kölner Asta zur Rassentrennung in Südafrika. Auch Resolutionen und Informationen zu den Vorgängen am 2.6.67.

(Erschießung von Benno Ohnesorg), der immerhin Student war, in Tübingen und den meisten anderen Uni's, wurden natürlich verboten.

Die Beispielkette ließe sich beliebig fortsetzen, aber es reicht wohl. Die Problematik des P.M. läßt sich also auf den kurzen Nenner bringen: Ein Politisches Mandat wird wahrgenommen, sobald die Studentenschaft



eine kritische Haltung gegenüber der herrschenden Staatsmeinung einnimmt, was natürlich sofort unterbunden werden muß. Regierungskonforme politische Äußerungen werden hingegen noch gefördert.

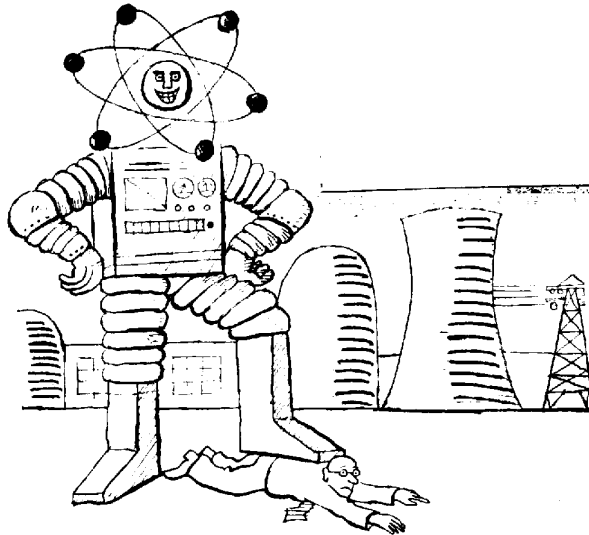
Das Verbot des politischen Mandats und die daraus folgende gerichtliche Würdigung der kritischen Äußerungen werden hauptsächlich begründet durch :

- 1) Der Unterdrückung von studentischen Minderheitsmeinungen durch die Asten.
- 2) Den unpolitischen Charakter der Wissenschaft.

Beide Argumente sind unzutreffend.

Zu der Minderheitenunterdrückung sei nur festgestellt, daß dies eine allgemeine Erscheinung der parlamentarischen Demokratie ist. Auch in der BRD werden 49% der Wahlberechtigten (nämlich die CDU-Wähler) von einer Regierung vertreten, mit der sie nicht einverstanden ~~XXX~~ sind. Der Prozentsatz der Wähler, die mit dem einen oder anderen Gesetz nicht einverstanden sind, dürfte noch höher liegen.

Die unpolitische Wissenschaft, das zweite Argument, hat ~~XXXXX~~ es nie gegeben. Die Hochschule und die von ihr geleistete Arbeit ist alles andere als unpolitisch. Es wird z.B. nicht die Politik aus der Uni ferngehalten, wenn in Hamburg 64/65 Asta-Seminare zur DDR verboten werden, weil in den Ankündigungsplakaten DDR ohne Anführungszeichen



oder sonstige Zusätze zu lesen war, sondern hier wird bewußt oder unbewußt handfeste Politik betrieben. Konservatives Handeln, das nichts verändern will, hat nämlich nichts mit unpolitisch zu tun. Es ist aber nicht nur objektiv unmöglich, die Hochschule in ein politisches Vakuum zu drängen, sondern es ist höchst gefährlich, die Illusion der unpolitischen Hochschule zu verbreiten.

Die wissenschaftliche Forschung und Lehre kann und darf kein Selbstzweck, keine geistige Trimm-Dich-Übung sein.

"...Wenn Wissenschaftler, eingeschüchtert durch selbstsüchtige Machthaber, sich damit begnügen, Wissen um des Wissens willen anzuhäufen, kann die Wissenschaft zum Krüppel gemacht werden und eure ^{Neuen} Maschinen mögen nur Drangsale bedeuten (Rationalisierung, Datenbanken, d. Verf.).

Ihr mögt mit der Zeit alles entdecken, was es zu entdecken gibt, und euer Fortschritt wird doch nur ein Fortschreiten von der Menschheit weg sein. Die Kluft zwischen euch und ihr kann eines Tages so groß werden, daß euer Jubelschrei über irgend eine neue Errungenschaft von einem universalen Entsetzensschrei beantwortet werden könnte (Kernspaltung, Neutronenbombe, ... d. Verf.). (Brecht: Galileo Galilei). Der Wissenschaftler muß also bewußt für die Menschheit forschen, und die vielzitierte Verantwortung des Wissenschaftlers heißt nichts



anderes, als daß der Wissenschaftler verantworten muß, was er für wen forscht, und zwar verantworten gegenüber der Gesellschaft, d.h. der arbeitenden Bevölkerung, die ihm seine Stellung ermöglicht hat. Damit schließt sich aber der Kreis zum politischen Mandat der Studentenschaft. Gesellschaftliches Bewußtsein ist nicht angeboren, es hängt von der Ausbildung ab, ob der zukünftige Wissenschaftler seiner Verantwortung gerecht wird. Die Art der Ausbildung wiederum ist eine direkte Folge des politischen Umfeldes, und nur durch aktives Eingreifen in die Politik, gegebenenfalls zu ändern. Zu ändern nicht als Einzelkämpfer, sondern im Namen und mit der Unterstützung der Betroffenen, der Studenten.

Ein Gesetz wie z.B. das HRG, das mit der Regelstudienzeit ein gesellschaftliches Bewußtsein des angehenden Wissenschaftlers nicht nur nicht fördert, sondern durch Leistungsdruck sogar im Keime erstickt, und mit dem Ordnungsrecht etwa vorhandene kritische Ansätze unterdrückt, ist aufgrund des oben gesagten unakzeptabel. Ein Gesetz läßt sich aber nur im allgemeinpolitischen Rahmen begreifen und bekämpfen. Die Hochschule und ihre Mitglieder sind also wegen ihrer gesellschaftlichen Verantwortung zum politischen Mandat verpflichtet.

Wahlmahlänge

ZUR UNWAHRSCHEINLICH HOHEN WAHLBETEILIGUNG VON

33%

ZUM ÜBERDURCHSCHNITTLICH DEMOKRATISCHEN UND ENGAGIERTEN
VERHALTEN DER TH'- STUDENTEN IN DARMSTADT

AN ALLE NICHT'- WÄHLER UND NICHT - ENGAGIERTEN

An das Publikum

O hochverehrtes Publikum,
sag mal, bist du wirklich so dumm,
wie uns das an allen Tagen
alle Professoren sagen?
Jeder Prof mit dickem Popo
spricht: "Die Studenten wollen es so!"
Jeder 'Studienreformer sagt: "Was soll ich machen?
Der Staat verordnet all diese Sachen!"
Alle zucken die Achseln und man spricht:
"Gutes Studium? - geht eben nicht!"
Sag mal, verehrtes Publikum;
bist du wirklich so dumm?

Ist es dir recht, daß in Übungen, früh und spät
immer mehr Masse dem HiWi gegenübersteht?
Aus lauter Furcht, du könntest durch die Klausur gefallen sein,
aus lauter Angst, es will ja niemand verhetzt sein;
aus lauter Besorgnis, Profs und Co
könnten mit Ordnungsmaßnahmen drohn;
aus Bangigkeit, du landest am Ende
in einem der zahllosen Studentenverbände,
der protestiert und demonstriert -
da wird sich lieber gar nicht gewehrt????
Sag mal, verehrtes Publikum:
bist du wirklich so dumm?

Ja dann ...

Es lastet auf dieser Zeit
der Fluch der Mittelmäßigkeit.
Hast du einen so schwachen Magen,
kannst du kein Engagement vertragen?
Bist also nur ein Grießbreifresser ?

Ja dann...

Ja dann verdienst du's nicht besser!

ORIENTIERUNGSWOCHE

Im Rahmen des "reformierten" Studienplans wird im Herbst '78 zum erstenmal vom Fachbereich Informatik eine Orientierungswoche durchgeführt. Die Formen und Inhalte zu erarbeiten, ist die Aufgabe der Orientierungsphasen-AG, die von der Fachschaftsarbeitsgruppe getragen wird. Wir von der OPAG wollen in dieser ersten Woche des nächsten Semesters u.a. ein Rollenspiel zum Thema "Studentische Interessenvertretung" veranstalten. Damit wir abschätzen können, was wir dann leisten können, möchten wir dies Rollenspiel noch in diesem Semester einmal mit Leuten versuchen, die weniger in der aktuellen Fachschaftsarbeit stecken wie wir, interessiert sind an Form und Inhalt dieser speziellen Veranstaltung und denen es Spaß macht, einmal etwas völlig neues zu probieren.

Anlaufpunkt : Mittwochs um 13.15 im Fachschaftsraum, Magdalenenstr. 11.
Es wird ganz bestimmt lustig werden, und wir denken, daß es am meisten Interesse im 2. Semester finden wird. Auf bald ! ub

Datenschutz: Gefahr gebaut oder 1984 schon erreicht?

Werden wir total erfaßt? Sollen auch die letzten Winkel unserer Privatsphäre durch Computereinsatz in der Datenverarbeitung bei Behörden und Wirtschaft ausspioniert werden? Die ständig steigende Verwendung elektronischer Informationssysteme sowie die Verabschiedung des Bundesdatenschutzgesetzes (BDSG) und der letzte Entwurf eines neuen Meldegesetzes (BMG) haben die Diskussion über das Thema Datenschutz in Gang gebracht. Der folgende Beitrag stützt sich auf Ergebnisse der AG Datenschutz am Fachbereich Informatik.

Verdeutlichen wir die Problematik an einem aktuellen Beispiel, dem letzten, wenngleich zurückgezogenen Entwurf des BMG (der neue Entwurf wird sich in den groben Zügen wohl kaum ändern): Bei den Einwohnermeldeämtern sollen rund 200 Einzeldaten pro Person gespeichert werden, angefangen bei Identifi-

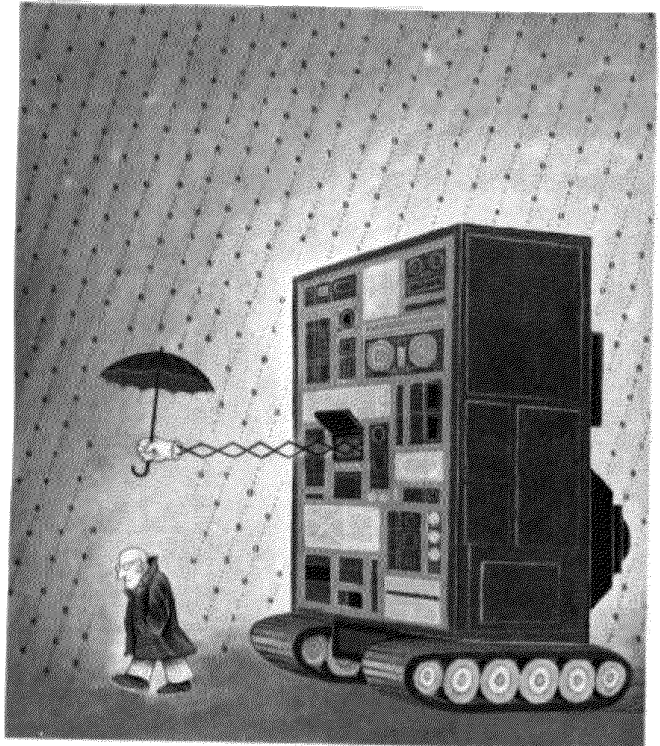
kationsdaten wie Name, Adresse, weiterführende Daten wie Autokennzeichen, Verwarnungen des Ordnungsamtes bis hin zu "rechtliche Gründe zur Beendigung der letzten Ehe" oder "nicht nur zeitweilige Unterbringung in einem psychiatrischen Krankenhaus wegen Geisteskrankheit infolge Richterspruches", um nur einige der weitestgehenden Daten zu nennen. Begründet wird der 'Datenhunger' der Meldeämter mit der ihnen zugedachten Zentralstellung innerhalb des Informationssystems kommunaler und staatlicher Behörden. Sie sollen eine Reihe von Behörden wie z.B. Kreiswehrrersatzamt oder Polizei mit benötigten Informationen versorgen. Aber da liegt der Hase im Pfeffer: Diese unheimliche, wenn auch dezentrale Zusammenfassung von Personendaten, die bei Errichtung eines Computerverbundes und Einführung gleicher Datenstrukturen zu einer einzigen

Datenbank wird, bietet große Möglichkeiten des Datenmißbrauchs und der Verletzung von Persönlichkeitsrechten. So ist es möglich, daß ein Bewerber für den öffentlichen Dienst abgelehnt wird aufgrund einer Weitergabe von Daten über Ehescheidung vom Meldeamt an die einstellende Behörde.

Gleich große und gefährliche Datenanhäufungen lassen sich auch in der privaten Wirtschaft finden, wo Adreßverlage alle möglichen Adressen sammeln und an Auftraggeber verkaufen. Mit solchen Daten können z.B. Handelsvertreter bei Hausbesuchen die Schwächen ihrer potentiellen Kunden gezielt ausnutzen, da sie über die nötigen Informationen darüber verfügen. Weitere Beispiele wie Datenerfassung in Bibliotheken oder beim FVV lassen sich ständig der Presse entnehmen.

Eines haben alle Datenmißbräuche gemeinsam: jemand besitzt "zu viel" Informationen über andere, die sich zu dessen Nachteil auswirken können. Bleiben nicht gewisse Bereiche aus dem Leben jeder Person privat, so können andere in gewissem Umfang Einfluß nehmen und den persönlichen Handlungsspielraum einschränken (z.B. obige Ablehnung bei Bewerbungen). Es können eventuell auch aufgrund von Informationen des Privatbereiches Handlungen eines Menschen vorausgesehen werden und dann auch manipuliert werden. Um das zu verhindern, müssen gewisse Informationen aus dem Leben jeder Person privat, für andere unzugänglich

bleiben. Nun sind diese Mengen von Informationen in den unterschiedlichen Lebensbereichen durchaus verschieden: Man wird an Arbeitgeber, Finanzamt, Freund(in) jeweils verschiedene Informationen weitergeben und andere für sich behalten wollen. Die Privatsphäre eines Menschen hängt also von dem jeweiligen Lebensbereich ab, in dem er sich gerade befindet.



Die Arbeiten zur Realisierung der Datenschutzzentrale haben entscheidende Fortschritte gemacht.

Dieses Dilemma, daß sich eine starre, für alle Lebensbereiche geltende Abgrenzung von Privatsphäre und Öffentlichkeitssphäre nicht angeben läßt, ist auch das Dilemma des BDSG. Dort umschreibt man die Privatsphäre einfach mit den "schutzwürdigen Belangen des Betroffenen" (BDSG § 1). Daß sich mit dieser schwammigen vielseitig auslegbaren Formulierung des zu schützenden Objekts, der Privatsphäre, kein wirksamer Schutz erreichen läßt, liegt auf der Hand. Anstatt

durch gesetzliche Einzelregelungen in den verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen wird durch eine allumfassende, jedoch funktionsuntüchtige Regelung eine Lösung gesucht. Doch schlecht wie dieses von Kapitalinteressen dominierte Gesetz beginnt, setzt es sich auch bei den einzelnen Schutzmaßnahmen fort. Da zu zwei Beispiele:

- Das Recht auf Auskunft erstreckt sich nicht auf Polizei, Gerichte und Geheimdienste und ist weiter ausgehöhlt durch weitgehende Ausnahmen im privatwirtschaftlichen Bereich. Außerdem kann ein Bürger bei einer datenspeichernden Stelle Auskunft nicht verlangen, alle Daten, die über ihn dort vorhanden sind, zu kontrollieren, sondern er muß genau angeben, welche Daten er kontrollieren will. Dabei muß erwähnt werden, daß man nur mit größerem Aufwand und in manchen Fällen überhaupt nicht erfahren kann, welche Daten wo über einen selbst gespeichert sind. Hinzu kommt, daß Auskünfte gebührenpflichtig sind. Die Kosten für die Überprüfung aller gespeicherten Daten pro Jahr und Person, soweit möglich, werden auf 200 - 1000 DM geschätzt.

- Die betrieblichen Datenschutzbeauftragten, die die Einhaltung der Datenschutz-Vorschriften in den Betrieben überwachen sollen, sind der Betriebsleitung, die es zu kontrollieren gilt, direkt unterstellt und verfügen nicht, ähnlich einem Betriebsrat, über Kündigungsschutz für die Zeit ihrer

Aufgabe. So müssen sie sich im Konfliktfall wohl für die Interessen der Geschäftsleitung entscheiden, wollen sie nicht ihre eigene Existenz gefährden.

Ich meine, diese Beispiele sollten genügen, um den bisweilen aufkommenden Eindruck zu widerlegen, das BDSG Sorge für einen für den einzelnen gefahrenlosen Umgang mit personenbezogenen Daten. Für Datenmißbrauch bieten sich noch viele Möglichkeiten, und die dabei auftretenden Gefahren potenzieren sich noch mit dem weiteren Einsatz von Computern und dem erst am Anfang stehenden Aufbau von Informationsverbänden. Daher gilt es, sich jetzt schon mit allen Gefahren zu beschäftigen und nicht erst, wenn die Informationssysteme in allen gesellschaftlichen Bereichen (zumindest auf behördlicher Ebene) zu einem einzigen Computerverband zusammengeschaltet sind und es für wirksame Datenschutzmaßnahmen schon zu spät ist. Denn ist ein allumfassendes Informationssystem, in dem für den einzelnen unkontrollierbar seine Daten weiterübermittelt werden, erst einmal aufgebaut, läßt sich dies schwerlich wieder ändern.

Für ein wirksames Informationsrecht einzutreten ist zwar Sache jedes Mitglieds der Gesellschaft, ist doch jeder Betroffener. Besondere Aufgaben kommen hier jedoch den Informatikern zu, in deren Berufsfeld der Datenschutz fällt. Sie haben ihre jeweilige Arbeit richtig einzuschätzen und gegebenenfalls der Gesellschaft mitzuteilen, wo Gefahren

entstehen und wie denen z.B. durch gesetzliche Regelungen beizukommen ist. Dazu ist es allerdings notwendig, daß wir schon im Studium dazu ausgebildet werden, die gesellschaftlichen Auswirkungen unserer Arbeit zu erkennen und nicht einzig und allein Fachwissen anzuhäufen. Daher fordern wir, daß in den neuen Studienplan, der gerade im Fachbereichsrat beraten wird, ein gesellschaftspolitisches Seminar aufgenommen wird, daß dieser Zielsetzung gerecht wird.

Dieser Artikel beschäftigte sich nur mit dem Privatsphärenschutz. Bei der Betrachtung der heutigen Informationsgesellschaft ist allerdings ein weiterer Rahmen erforderlich als der der Einzelperson. Dazu wird in der nächsten Inforz ein Artikel erscheinen, der sich mit den Auswirkungen elektronischer Informationssysteme auf die gesellschaftlichen Herrschaftsstrukturen und den Möglichkeiten zu größerer Demokratisierung befaßt.

Absurd aber wahr

Nur kurz kann hier auf eine Aktion eingegangen werden, die im Institut für Datenverwaltungssysteme II geplant und durchgeführt wird, und die über die Institutsgrenzen hinaus große Beachtung finden wird.

Es geht schlichtweg darum, daß die Damen und Herren Riemer, Hüther, Gotthardt und Lustig dem auch von uns abgelehnten Notensystem den Kampf angesagt haben. Da es sich aber hier um Professoren bzw. wissenschaftliche Mitarbeiter(inen) handelt, wird dieser Kampf nicht plump und offen geführt, sondern subtil und damit sehr erfolgversprechend.

Der Grundgedanke der Aktion ist einfach. Ausgehend von der Tatsache, daß jede Benotung automatisch eine ungerechte Behandlung des Benoteten miteinschließt, verfiel man auf die bahnbrechende Idee, die Ungerechtigkeit auf die Spitze zu treiben, um dadurch die Notengebung ad absurdum zu führen.

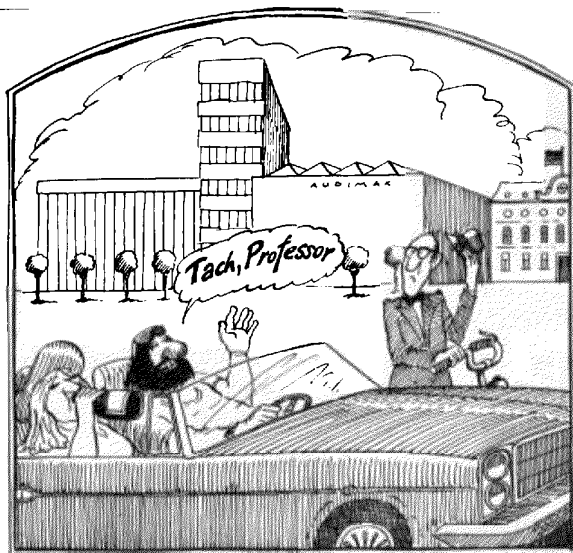
Seit kurzer Zeit nun ist man in das Stadium der Realisation getreten. Erste Testläufe des revolutionären Planes fanden im Proseminar Graphenalgorithmen statt. Hier wurde ein Seminarbeitrag, der von zwei



Termine

Fachschaftsarbeitsgruppe:
jeden Mittwoch: 19⁰⁰
Magdalenenstr. 11

FBR - Sitzung:
Montag 10.7.78 ab 14⁰⁰
in 47/771
(Studienplan)



Drauf eine Stippvisite am Campus
im Handschuhfache perlt der Schampus.
Sie stören die Vorlesung, es jubelt der Osten
auf unsere Kosten ...



Am Abend wird in der Mensa geschlemmert
bis daß der nächste Morgen dämmt
und wieder mal lacht sich ins Fäustchen der Osten
auf unsere Kosten!
Und damit das nicht so weitergeht
wird der BAFöG-Hahn jetzt zugedreht.

Freitag

Studenten von Anfang bis Ende gemeinsam ausgearbeitet wurde, willkürlich auseinander gerissen, aufgrund der Zufälligkeit, wer welchen Teil vorträgt. Der eine Student wurde mit 3, der andere mit 4-5 'benotet'. Dies war der erste uns bekannte, öffentliche Test, und natürlich läßt sich über die weiteren Aussichten des Versuches noch kein abschließendes Urteil fällen. Die INFORZ-Redaktion jedenfalls ist zuversichtlich und wünscht dem Institut für Datenverwaltungssysteme II viel Glück.

Macht weiter so, Ihr seid auf dem richtigen Weg !



Die Fußballweltmeisterschaft in Argentinien ist vorüber. Schade ! Hurra ! Schwamm drüber. Wer aber immer noch großes Interesse an schönen Fußballspielen hat, kann sich am 6.7.78 um 18 h im Hochschulstadion am Böllenfalltor als Zuschauer einfinden. Es macht die Rote Sense 77, ehemals Rote Sense Informatik und die zukünftige(?) Nationalelf, ein Trainingsspiel gegen die Dozenten des Fachbereichs 20. Um lautstarke Unterstützung aus den Studentenreihen wird gebeten, laßt euch sehen ! P.S. gute und willige Mitspieler werden noch gesucht. Kontaktadresse: Mollerstr. 29 (Behr), DA, Tel. 77727.

ub